

PARLAMENT

AKTUELL

Zeitung des Parlaments der DG - Nr. 4 - Juni 2012



Themen - Fakten - Meinungen

24 Stunden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Wie das Parlament Ihren Alltag begleitet

„Politik ist ganz weit weg“, sagen die einen. „Was hab ich damit zu tun“, fragen sich die anderen. Dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mit ihren Entscheidungen das Leben jeder Familie und all ihrer Bürger beeinflusst, ist den wenigsten bewusst. Läuft bei Ihnen morgens der Radiowecker? Und hören Sie dann vielleicht einen regionalen Rundfunksender? Gleich beim Aufstehen kommen Sie mit den Entscheidungen der Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemein-

schaft in Berührung. Von der Geburt bis ins hohe Alter begleitet die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Bürger auf ihrem Lebensweg. „Von der Wiege bis zur Bahre“, hört man des Öfteren. Im Parlament werden grundlegende Entscheidungen getroffen. Ob Schulen gebaut, Beschäftigungsprogramme finanziert oder Seniorenvereinigungen unterstützt werden - das Parlament schafft für die Dienstleistungen die Grundlage. Im Parlament werden Gesetze verabschiedet,

die Einnahmen veranschlagt und die Ausgaben festgelegt.

Mit der Regierung haben viele Bürger Kontakt, mit dem Parlament weniger. Wenn die Regierung Entscheidungen trifft, braucht sie die Unterstützung des Parlaments. Beide Institutionen sind miteinander verzahnt: Nach den Wahlen bezeichnet das Parlament die Minister der Regierung. Durch die Verabschiedung von Haushaltsplänen und Dekreten schafft das Parlament die Grundlage für die Politik der Regierung.

Die Minister müssen also den vom Parlament vorgegebenen Rahmen einhalten. Die Parlamentarier kontrollieren dies anhand von Fragen und Interpellationen. Das ist das Wechselspiel jeder parlamentarischen Demokratie.

Die vierte Ausgabe der Parlamentszeitung bietet einen etwas anderen Inhalt. Wir informieren Sie mit einer kleinen Geschichte über die Aufgaben unseres Hauses. Begleiten Sie die Familie durch ihren Tag und erleben Sie anhand konkreter Beispiele, wie

das Parlament für Sie arbeitet. Unsere Familie ist frei erfunden. Ähnlichkeiten mit wahren Begebenheiten sind jedoch möglich.

Wir haben versucht, Alltagssituationen darzustellen, die durch die DG beeinflusst werden. Ihnen fallen sicherlich noch andere Beispiele ein.

Angenehme Lektüre
wünscht das Redaktionsteam

Aus dem Inhalt:

Wie das Parlament Ihren Alltag begleitet	S. 1
Ein ganz normaler Mittwoch	S. 2
Neues Angebot für Schulen: Democracy	S. 8
Neue Vertreter im Parlament	S. 8
Interesse an der Arbeit des Parlaments?	S. 8
Kreuzworträtsel	S. 8



Vater Jean-Marie

38 Jahre

Vorarbeiter im Bauhof
der Gemeinde

Mutter Sandra

39 Jahre

Primarschullehrerin

Opa Hein und Oma Gerda

82 Jahre

75 Jahre

Sandras Eltern

Jan

8 Jahre

Primarschüler

Jessica

17 Jahre

Abiturientin

Tom

17 Jahre

Jessicas Freund, Lehrling

Nesthäkchen

Kim

2 Jahre

Mehr wissen über die Arbeit des Parlaments www.dgparlament.be

Ein ganz normaler Mittwoch

Willkommen im Alltag einer ostbelgischen Familie



6.28 Uhr „Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Hörer, gleich gibt's die Nachrichten aus aller Welt und aus der Region!“; tönt es aus dem Radiowecker. Vater Jean-Marie reibt sich verschlafen die Augen. Der fröhliche Ruf der BRF-Journalistin hat ihn geweckt. Und auf geht's in einen neuen Tag. Mutter Sandra ist schon auf und macht Kaffee. Und auch aus den Kinderzimmern tönt morgendlicher Lärm. Beim Frühstück sitzt die Familie zusammen und bespricht das Wichtigste vom Tag.

Das Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt den öffentlichen Auftrag des BRF. Das Parlament definiert darin, das der BRF „in Erfüllung seines Auftrags ... ein differenziertes Angebot von Informationen, Kultur, Unterhaltung und Sport für alle bereitstellt. Das Angebot orientiert sich an der Vielfalt der Interessen aller Hörer und Zuschauer und berücksichtigt sie in ausgewogener Art und Weise“.

Auch zahlreiche private Rundfunkanbieter sind in unserem Gebiet aktiv. Die Anerkennungsgrundlagen sind im Dekret vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen festgehalten.

Was ist ein Dekret?

Das Wort „Dekret“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „Beschluss“. In Belgien versteht man unter Dekret die Beschlüsse mit Gesetzeskraft, die von den Gemeinschaften und Regionen (außer Brüssel) verabschiedet werden. Die Dekrete des DG-Parlaments sind also Gemeinschaftsgesetze, die nur auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anwendung finden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann in den Bereichen entscheiden, für die sie zuständig ist. Dekrete regeln den Kulturbereich, das Bildungswesen, den Arbeitsmarkt, die Berufsausbildung, das Gesundheits- und Sozialwesen und vieles andere mehr.



7.30 Uhr Jessica muss sich sputen. Jeden Morgen nimmt sie den Schulbus, um im Nachbarort die Sekundarschule zu besuchen. Ihre Eltern bezahlen die Hälfte des Busabonnements, die andere Hälfte übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Im Dekret vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009 sieht das Parlament eine Ermäßigung von 50% auf den Preis der Busabonnements für Schüler und Studenten vor. Nutznießer

sind Jugendliche zwischen 12 und 24 Jahren, die eine Schule in der DG besuchen oder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leben. Für die Kosten des Schülertransports hat die Deutschsprachige Gemeinschaft im Jahr 2012 in ihrem Ausgabenhaushalt 1.685.000 Euro vorgesehen.





7.40 Uhr Auch Vater Jean-Marie übernimmt morgens seine Pflichten. Auf seinem Weg zur Arbeit fährt er die kleine Kim zur Tagesmutter. Die Familie ist froh, eine Tagesmutter gefunden zu haben. Alle sind berufstätig und so lange Kim nicht alt genug ist, um in den Kindergarten zu gehen, sind die Eltern auf Hilfe angewiesen.

Am 9. Mai 1988 verabschiedete das Parlament das Dekret über die Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren und über den Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern. Die Arbeit der selbstständigen Tagesmütter/-väter besteht darin, bei sich zu Hause Kinder von berufstätigen Eltern gegen Bezahlung zu betreuen. Ihre Aufgaben sind sehr vielfältig. Sie kümmern sich um Essen, Schlaf und Spiel der Kinder; darüber hinaus sind sie Bezugsperson, Erzieher und Spielgefährte. Mit Anerkennungskriterien für Betreuer gewährleistet das Dekret einen Schutz des Kindes.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft kümmert sich auch um die Organisation von Kinderkrippen, Tagesstätten und nachschulischer Betreuung. Das Zentrum für Kleinkindbetreuung RZKB, das entsprechende Angebote macht, erhält 2012 einen Zuschuss von 939.000 Euro. Für Bauarbeiten an Kinderkrippen und Tagesstätten sieht die DG 2012 Ausgaben von 317.000 Euro vor.

Was ist eine parlamentarische Frage?

Mündliche und schriftliche Fragen sind politische Kontrollinstrumente des Parlaments. Die Parlamentarier hinterfragen bestimmte Situationen und Aspekte der Regierungspolitik.

Bei Fragen von Parlamentariern müssen die angesprochenen Minister Auskunft erteilen. Alleine in der vergangenen Sitzungsperiode 2010-2011 wurden 60 mündliche und 39 schriftliche Fragen an die Regierungsmitglieder gestellt.

Mündliche Fragen werden immer zu Beginn der Plenarsitzung, in der Fragestunde, behandelt. Der Minister antwortet sofort.

Bei schriftlichen Fragen hat der Minister 28 Tage Zeit für die Beantwortung. Alle Fragen und die Antworten werden im Bulletin Interpellationen und Fragen veröffentlicht. Das Dokument ist in der Parlamentsverwaltung kostenlos erhältlich oder online abrufbar.



In der Plenarsitzung vom 10. Oktober 2011 stellte Pascal Arimont (CSP) Gesundheitsminister Harald Mollers (ProDG) eine mündliche Frage zum Bedarf an Plätzen in der Kleinkindbetreuung, zum Statut der Tagesmütter und zu neuen Kinderkrippen. Die ausführliche Antwort des Gesundheitsministers ist nachzulesen im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 21 vom 19. Oktober 2011.



7.55 Uhr Vater Jean-Marie ist Gemeindefahrer und kommt im Bauhof seiner Gemeinde zum Einsatz. Er und seine Mannschaft sind dafür verantwortlich, kleinere Reparaturarbeiten an den Gemeindestraßen vorzunehmen und nach dem Rechten zu sehen. Das Gemeindestraßennetz ist sehr weitläufig. Nach einem harten Winter haben die Gemeindefahrer besonders viel zu tun.

Seit 2005 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft zuständig für die Aufsicht über die Gemeinden und die Gemeindefinanzierung. Diese Zuständigkeit war vorher eine Befugnis der Wallonischen Region. Für das Jahr 2012 sieht die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Betrag von 1.100.000 Euro für die Zuschussung von Straßeninfrastrukturen in den neun Gemeinden vor.

Wie es um die Gemeindefinanzierung steht, erläuterte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) anlässlich einer schriftlichen Frage. Die ausführliche Antwort zur Gemeindefinanzierung finden Sie im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 26 vom 4. April 2012.



8.00 Uhr Beginn der Kurse im ZAWM, dem Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand. Jessicas Freund Tom beendet seine Lehre als KFZ-Mechatroniker in einer Autoreparaturwerkstatt. Später möchte er die Werkstatt seines Onkels übernehmen. Nach Abschluss seiner Lehre sucht er, um Erfahrung zu sammeln, erst einmal Arbeit in einem anderen Betrieb. Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz dürfte Tom keine Probleme haben, denn sein Beruf zählt zu den gesuchten Fachberufen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Durch das Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen eröffnet das Parlament die Möglichkeit, Kenntnisse zur Ausübung eines selbstständigen Berufes zu erlangen. Bei erfolgreichem Abschluss einer Lehre erhält der

Auszubildende ein Gesellendiplom. Darüber hinaus ist es möglich, eine Meisterausbildung zu absolvieren. Die Lehre ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit einer Ausbildung in einem Betrieb verbunden. So erhält der Auszubildende sofort Einblick in die Berufswelt.



8.20 Uhr Mutter Sandra ist Primarschullehrerin. Das ist praktisch, denn so kann sie Jan mit zur Schule nehmen. Um 8.20 Uhr beginnt ihre erste Unterrichtsstunde. Lehrerin ist Sandras Traumberuf. Schon immer hat sie gerne mit Kindern gearbeitet. Die meisten Primarschulen werden von den Gemeinden organisiert, einige auch von anderen Schulträgern wie dem freien Unterrichtswesen. Ihr Gehalt erhalten alle im Schulwesen beschäftigten Lehrer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft beschäftigt über 2.000 Personen in den Kindergärten, Primar-, Sekundar- und Hochschulen, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung. Die Lehrer unterrichten etwa 13.500 Schüler. Die Mittel für die Gehälter werden jährlich vom Parlament festgelegt. So sieht der Haushalt der DG für das Jahr 2012 Ausgaben von insgesamt

77.737.000 Euro für die Gehaltskosten vor. Das ist etwa ein Drittel der laufenden Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die gesamten Ausgaben für Unterricht, Beschäftigung und Ausbildung machen sogar die Hälfte der laufenden Ausgaben aus. Ein beachtlicher Betrag. Die Deutschsprachige Gemeinschaft investiert in Bildung.



9.45 Uhr Pause im Bauhof. Vater Jean-Marie hatte es in seinem Berufsleben nicht so leicht. Durch Schließung seiner alten Firma hat er vor einigen Jahren seinen Job verloren. Ein Berater des Arbeitsamtes hatte ihm damals zu einer Umschulung geraten. Damit er die Stelle im Bauhof der Gemeinde annehmen konnte, hat Jean-Marie deshalb während 35 Wochen im Ausbildungszentrum für das Baufach, der sogenannten Maurerschule, eine Ausbildung absolviert. Heute kommen ihm diese Ausbildung und die daraus gewonnene Erfahrung zugute.

Seit dem Jahr 2000 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Beschäftigungspolitik zuständig. Vorher war diese eine Zuständigkeit der Wallonischen Region. Seit 2000 gibt es ein eigenes Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es wurde per Dekret vom 17. Januar 2000 geschaffen. Im Dekret legt das Parlament den Auftrag des Arbeitsamtes fest. Dazu gehören die Vermittlung von Arbeitnehmern, die Wiedereingliederung von Arbeitslosen, die Aus- und Weiterbildung von Arbeitsuchenden, die Berufsorientierung und die Berufsberatung. In den Büros in Eupen und St. Vith erhält der Arbeitsuchende Hilfe. Er kann sich beraten lassen, um einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Auch Betriebe können die Hilfe in Anspruch nehmen. Das Arbeitsamt erhält für das Jahr 2012 finanzielle Mittel in Höhe von 4.193.000 Euro.

Was ist eine Interpellation?

Die Interpellation ist ein Kontrollinstrument des Parlaments.

Ein Abgeordneter fordert dabei ein Regierungsmitglied in einer Plenarsitzung auf, seine Politik in einem bestimmten Bereich zu rechtfertigen.

Im Rahmen der Interpellation kann jede Fraktion im Parlament zum Thema ebenfalls Stellung beziehen.

Die Diskussionen rund um die Interpellation werden im Bulletin Interpellationen und Fragen veröffentlicht.



Am 19. April 2010 interpellierte der Abgeordnete Karl-Heinz Braun (ECOLO) Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) zur Begleitung und Betreuung von Arbeitslosen durch das Arbeitsamt der DG (ADG). Die ausführliche Antwort des Ministers und die Stellungnahmen anderer Fraktionen sind nachzulesen im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 6 vom 7. Mai 2010.



10.00 Uhr Auch das noch. Opa Hein ist bei seinem letzten Ausflug in Aachen gestürzt. Nach einer ersten medizinischen Versorgung wurde er mit einem Krankentransport über die Grenze ins Krankenhaus gebracht. Dort haben die Ärzte seine Hüfte operiert und nun liegt er zur Rehabilitation auf der Station. Er macht schon erste Gehübungen.

In den Krankenhäusern der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird fleißig gebaut. Auch in den anderen Zuständigkeitsbereichen der DG werden Gebäude errichtet oder saniert. Das Infrastrukturdekret vom 18. März 2002 sieht vor, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in

der Regel 60 % der Baukosten trägt. Infrastrukturprojekte werden dem Parlament in einem Infrastrukturplan vorgestellt. Dieser listet sämtliche Bauprojekte auf, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziell unterstützt werden. Der Plan wird jährlich angepasst.



12.00 Uhr Zum Mittagessen ist Oma Gerda alleine im Haus. Gerade ist die Familien- und Seniorenhelferin da, die ihr beim Kochen hilft. Die fleißige Dame wäscht, bügelt und reinigt die Wohnung.

Die am 16. Februar 2009 getroffene Entscheidung des Parlaments über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe erleichtert das Leben vieler Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die

Dienste der häuslichen Hilfe bieten Dienstleistungen zur Unterstützung zu Hause an. Das Angebot richtet sich vorrangig an ältere Menschen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Alleinstehende und Personen mit Behinderung. Die Dienste für häusliche Hilfe erhalten im Jahr 2012 insgesamt 2.590.000 Euro von der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



13.30 Uhr Jessica steigt aus dem Schulbus. Sie beeilt sich, denn sie möchte heute, als engagierte KLJ-Leiterin, an dem Treffen mit den anderen Leitern teilnehmen. Die KLJ plant am kommenden Samstagabend eine Gruppenaktivität und deshalb werden im Dorfraum schon die ersten Vorbereitungen getroffen.

Am 6. Dezember 2011 verabschiedete das Parlament das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit. Die Jugendorganisationen werden darin je nach Mitgliederzahl in Kategorien eingeteilt. Je höher die Mitgliederzahl, desto höher auch die finanzielle Unterstützung für die Organisation.

Im Rahmen der Beratungen zu diesem Dekretentwurf hörten die Mitglieder des Ausschusses für Kultur in mehreren Sitzungen betroffene Jugendorganisationen und -heime, den Rat der deutschsprachigen Jugend sowie das Jugendbüro der DG an. Jeder konnte seine Meinung kundtun und mit den Parlamentariern disku-

tieren. Nach Anhörung der Jugendorganisationen arbeiteten die Ausschussmitglieder verschiedene Abänderungsvorschläge zur Dekretvorlage aus, damit auch kleinere Jugendorganisationen in den Genuss einer Förderung durch die DG kommen können. Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsvorschlag angenommen, der vorsieht, dass Jugendorganisationen mit weniger als 100 Mitgliedern einen jährlichen Pauschalzuschuss von 2.500 Euro erhalten.

Für die Parlamentarier sind Anhörungen die beste Möglichkeit, auch die Standpunkte von Betroffenen zu erfahren. Anhörungen sind in allen vier Ausschüssen des Parlaments üblich.



13.45 Uhr Oma Gerda merkt es seit Kurzem: Sie und Opa Hein sind nicht mehr so gut zu Fuß unterwegs. Deshalb hat die Oma einen Termin mit einer Sozialassistentin der VoG Eudomos-Ihr häuslicher Begleitedienst. Die Beraterin kann über einen möglichen Umzug in ein Alten- und Pflegewohnheim informieren oder aber über eine seniorengerechte Anpassung der eigenen Wohnung.

Das Parlament schafft im Dekret vom 16. Februar 2009 eine zentrale Beratungsstelle für die häusliche Versorgung. In Ausführung dieses Dekrets wurde die VoG Eudomos-Ihr häuslicher Begleitedienst als Beratungsstelle bezeichnet. Alle Senioren, die den Umzug in ein Alten- und Pflegewohnheim erwägen oder eine Familien- und Seniorenhilfe beantragen, haben gesetzlich Anspruch darauf, sich durch die VoG Eudomos-Ihr häuslicher Begleitedienst beraten zu lassen.

Die Senioren sollen alle Hilfsdienstleistungen, die zur Verfügung stehen, kennenlernen und nutzen. Senioren, die dies wünschen, wird ermöglicht, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Die Mitarbeiter beraten am persönlichen Bedarf orientiert und besuchen dafür gegebenenfalls auch die Senioren im eigenen Haus. In Belgien ist diese Dienstleistung einmalig und gilt als vorbildlich!



14.15 Uhr Mutter Sandra holt nach Schulschluss die kleine Kim bei der Tagesmutter ab. Danach fährt sie gleich mit ihrer kleinen Tochter zur Vorsorgeuntersuchung, die der Dienst für Kind und Familie (DKF) anbietet.

Am 9. Mai 1988 verabschiedete das Parlament das Dekret über die Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren und über den Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern. Während der ersten drei Lebensjahre

des Kindes werden den Familien kostenfrei 14 Vorsorgeuntersuchungen sowie alle erforderlichen Impfungen angeboten. Die Zielsetzung ist, den Gesundheitszustand und die Entwicklung des Kindes zu überprüfen und den Eltern Unterstützung in Erziehungs- und Gesundheitsfragen zu bieten.



14.30 Uhr Auf ihrer Fahrt zur Vorsorge hat Mutter Sandra Jan beim Fußballplatz abgesetzt. Seit zwei Jahren spielt Jan im Dorfverein. Jeden Mittwochnachmittag ist ein Training mit einem ehrenamtlichen Trainer angesetzt. Und da Jan genau wie seine Vorbilder viele Tore schießen möchte, verpasst er seinen Einsatz nur selten.

Ziel des Dekrets vom 19. April 2004, dem Sportdekret, ist die Unterstützung des Sports im Allgemeinen und in seiner Bedeutung als Faktor der Integration, der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, der Toleranz, der Akzeptanz

und der Gesundheitsförderung. Die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährt beispielsweise anerkannten Sportfachverbänden, Leistungszentren und lokalen Sporträten Zuschüsse für die Durchführung von Projekten und Aktivitäten.



15.15 Uhr Mutter Sandra hat jetzt Zeit, um in ihrer Ferienwohnung nach dem Rechten zu sehen. Für nächstes Wochenende haben sich Gäste angesagt. Die Ferienwohnung ist ein weiteres finanzielles Standbein der Familie. Im letzten Jahr hat ein Inspektor des Ministeriums die Wohnung kontrolliert und für gut befunden.

Ohne Anerkennung durch den Minister darf niemand die Bezeichnung „Ferienwohnung“ beziehungsweise „Gästezimmer“ oder „Bed and Breakfast“ verwenden, steht im

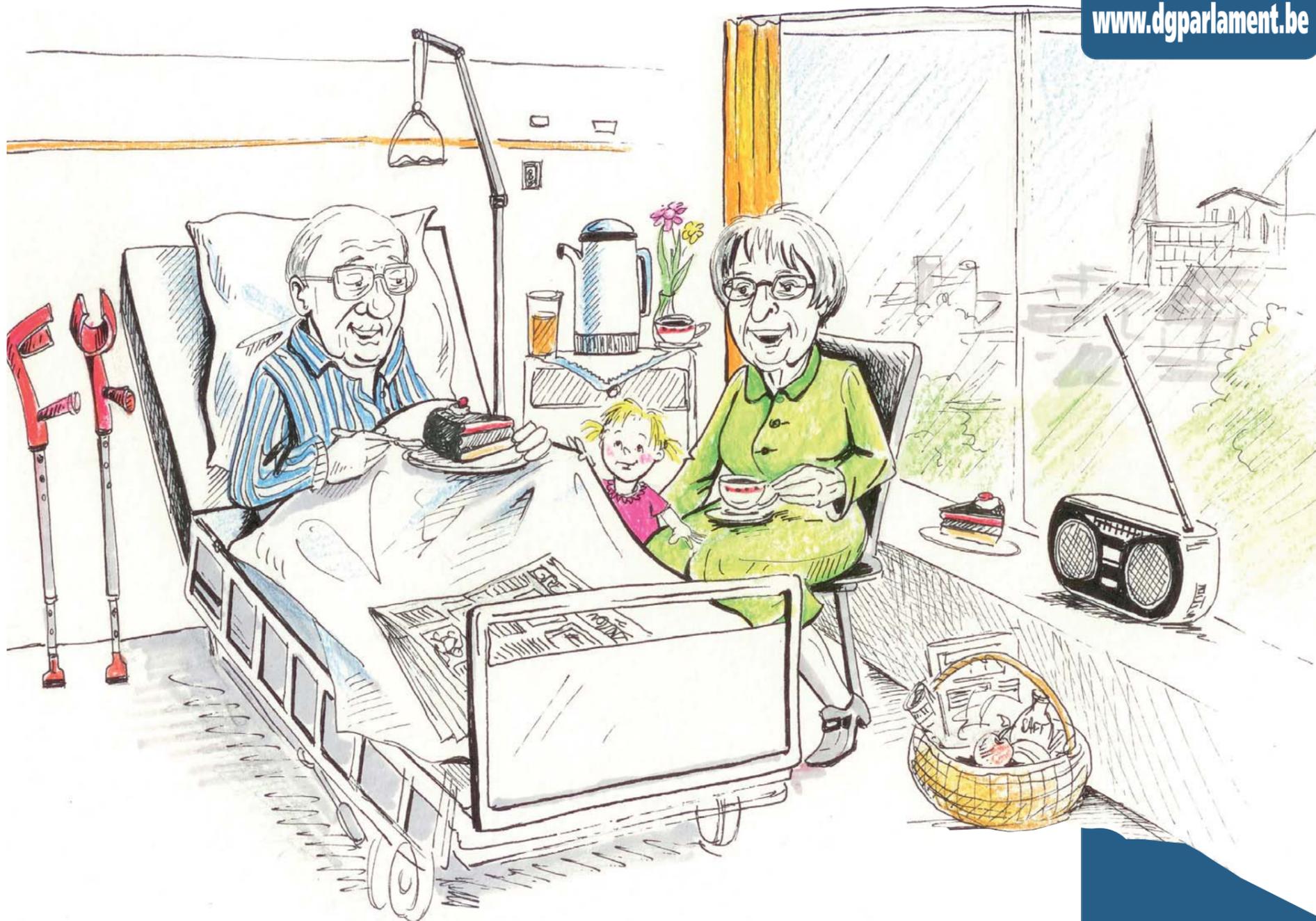
Dekret vom 23. November 1992. Das Parlament hat der Regierung die Befugnis erteilt, über die Einhaltung der Kriterien zu wachen.



In der Plenarsitzung vom 11. April 2011 stellte der Abgeordnete Hans-Dieter Laschet (PFF) Gesundheitsminister Harald Mollers (ProDG) eine Frage zu Krankentransporten im Grenzgebiet. Die Antwort des Ministers ist nachzulesen im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 17 vom 10. Mai 2011.



Dass im Parlament auch kontrovers diskutiert wird, beweist die Interpellation des Abgeordneten Alain Mertes (Vivant) vom 20. September 2011 zur geplanten Impfkampagne gegen humane Papillomaviren bei den Mädchen des zweiten Sekundarschuljahrs. Die ausführliche Diskussion ist nachzulesen im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 20 vom 5. Oktober 2011. Die Aussprache zeigt, wie komplex die Themen sind, die im Parlament der DG zur Sprache kommen.



15.30 Uhr Oma Gerda besucht Opa Hein im Krankenhaus. Jeden Tag nimmt sie sich Zeit, um dem Opa beizustehen, ihm seine Lieblingslektüre zu bringen und ab und zu auch mal etwas Süßes aus der Bäckerei. Der Stationspfleger drückt dann ein Auge zu.

Für die Fortbildung von Notärzten, Krankenpflegern, Hebammen, medizinischem Hilfspersonal, Seniorenbetreuern und Sanitätern sieht das Parlament im Haushalt 2012 einen Gesamtbetrag von 290.000 Euro vor.



16.00 Uhr Zu Hause angekommen informiert sich Jessica im Ministerium bei der zuständigen Sachbearbeiterin, ob sie Anrecht auf Studienbeihilfen hat. Jessica möchte nämlich im September ein Medizinstudium in Lüttich beginnen.

Im Dekret vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen gibt das Parlament der Regierung die Vollmacht, Schülern des Sekundarunterrichts und Studenten an Hochschulen und Universitäten Studienbeihilfen zu gewähren, wenn das Einkommen der Personen, die für den Unterhalt der Schüler aufkommen, in einem festgelegten Rahmen liegt. Studienbeihilfen sind eine Unterstüt-

Wie viele Parlamentarier...

... geht auch Resi Stoffels tagsüber einem anderen Beruf nach. Sie ist Krankenpflegerin im Universitätsklinikum in Aachen. Die Parlamentarier der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind mit Ausnahme des Parlamentspräsidenten keine hauptberuflichen Parlamentarier. Die Sitzungen des Parlaments, ob nun Ausschusssitzungen oder Plenarsitzungen, beginnen deshalb erst im Nachmittag, um 15 Uhr oder um 17 Uhr. Außerdem hat das Parlament einen Arbeitsplan festgelegt. Ausschüsse tagen in der Regel am Montagnachmittag und am Donnerstagnachmittag. So kann jeder Parlamentarier seine Zeit planen.

zung zur Deckung verschiedener Kosten, zum Beispiel Gebühren, Wohnungsmieten und Studienmaterial. Im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2012 legte das Parlament den Betrag von 296.000 Euro für Studienbeihilfen für Schüler und Studenten fest.



17.30 Uhr Auf dem Weg vom Krankenhaus nach Hause besucht Oma Gerda das Grab ihrer Eltern. Sie nutzt die Zeit, um die Blumen zu gießen. Die Grabpflege übernimmt ihr Schwiegersohn Jean-Marie.

„Von der Wiege bis zur Bahre“, so könnte man die Zuständigkeitsbereiche der DG zusammenfassen. Am 14. Februar 2011 verabschiedete das Parlament ein Dekret über Bestattungen und Grabstätten. Darin wurden ver-

schiedene Möglichkeiten der Bestattung und der Einäscherung aufgezählt. Die Gemeinden sind zuständig für die Verwaltung der Friedhöfe und Krematorien. Im Dekret steht, dass es in jeder Gemeinde mindestens ein Urnenfeld, eine Streuwiese und ein Kolumbarium (Urnennischen) geben muss.



Die Abgeordnete Resi Stoffels (SP) befragte Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) am 5. Dezember 2011 zu geplanten Änderungen in der Kaderausbildung im Krankenpflegesektor. Kaderausbildungen sind Ausbildungen von Krankenpflegern zu Chefkrankenpflegern. Diese sollen in Zukunft strukturell abgesichert werden. Die ausführliche Antwort des Ministers ist nachzulesen im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 23 vom 7. Dezember 2011.



18.00 Uhr

Gemeinsam mit Vater Jean-Marie fährt Tom zur Probe des Musikvereins. Jean-Marie spielt Klarinette und Tom übt sich am Schlagzeug.

Seit drei Jahren folgt Tom dem Unterricht an der Musikakademie und hat schon vieles dazugelernt.

„Mit ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit erfüllen die Kunstakademien einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Sie vermitteln künstlerische Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Fachbereichen Musik, mündlicher Ausdruck und Schauspielkunst sowie Tanzkunst“, heißt es im Dekret vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstertrichts. Das Dekret regelt das Lernprogramm, spricht über Einschreibgebühren und Prüfungen und führt Rechte und Pflichten für Schüler und Lehrer auf.

Amateurkunstvereinigungen, wie der Musikverein, können eine Bezuschussung erhalten, wenn sie von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt werden. Auch diese Fragen hat das Parlament in einem Dekret vom 28. Juni 1988 geregelt. Anerkannte Amateurkunstvereinigungen und Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung erhalten einen jährlichen Zuschuss. Darüber hinaus erhalten Amateurkunstvereinigungen finanzielle Zuwendungen für die Anschaffung von Ausrüstungen, beispielsweise von Musikinstrumenten.



18.00 Uhr

Mutter Sandra besucht den Computer-Kurs bei einer Erwachsenenbildungseinrichtung. Sie hat zwar einige Vorkenntnisse, möchte aber besser mit den neuesten Programmen umgehen können.

„Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, Schlüsselkompetenzen zu erwerben, zu vertiefen oder zu aktualisieren“, heißt es im Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Die geförderten Erwachsenenbildungsorganisationen in der DG bieten ein umfangreiches Bildungsangebot und erhalten von der Deutsch-

sprachigen Gemeinschaft finanzielle Hilfe. Um diese Mittel in Anspruch zu nehmen, müssen sie bestimmte Förderkriterien einhalten, beispielsweise über ein von der Regierung genehmigtes Gesamtkonzept verfügen und ihre Angebote regelmäßig sowohl im Norden als auch im Süden des deutschen Sprachgebiets organisieren.





20.15 Uhr

Feierabend! Mutter Sandra genießt zu Hause die Ruhe. Jetzt hat sie Zeit, um für die Familie einen Ausflug zu planen. Gerne würde sie eine Radtour unternehmen und vielleicht das eine oder andere Museum besuchen. Im neuen „Touristmag“ der Tourismusagentur findet Sandra einige Informationen zu nahe gelegenen Ausflugszielen und Veranstaltungen.

Am 28. März 2011 genehmigte das Parlament den Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Verkehrsamt der Ostkantone für den Zeitraum 2011-2014. Das Verkehrsamt, jetzt Tourismusagentur Ostbelgien, erhielt damit neben inhaltlichen Aufträgen auch ein jährliches Budget. Der genaue Wortlaut des Vertrags ist auf der Website des Parlaments zu finden, und zwar im Parlamentsdokument Nr. 63 (2010-2011) Nr. 1.

Geschäftsführungsverträge...

... werden zwischen der Regierung und bestimmten Einrichtungen abgeschlossen. Die Einrichtungen erhalten über den Vertrag einen klaren Arbeitsauftrag und ein entsprechendes Budget zur Ausführung des Auftrags. Das Parlament muss diesen Geschäftsführungsverträgen seine Zustimmung geben. Stimmt es nicht zu, muss die Regierung den Vertrag neu verhandeln. Auch hier übt das Parlament als Vertretung des Volkes eine Kontrolle aus.



In der Plenarsitzung vom 16. Januar 2012 stellte die Abgeordnete Lydia Klinkenberg (ProDG) Tourismusministerin Isabelle Weykmans (PFF) eine Frage zum Ausbau von Radwanderwegen im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die ausführliche Antwort ist nachzulesen im Bulletin Interpellationen und Fragen Nr. 24 vom 15. Februar 2012.



20.30 Uhr

Vater Jean-Marie blättert in einem Katalog für Bauarbeiten. Er möchte sich über neue Techniken und Preise informieren. Außerdem sucht er nach einem geeigneten Handwerker. An dem denkmalgeschützten Haus, in dem die Familie lebt, müssten Dacharbeiten durchgeführt werden. Das wird nicht billig.

Seit 1996 verwaltet die Deutschsprachige Gemeinschaft den Denkmal- und Landschaftsschutz. Auch diese Zuständigkeit war vorher eine Befugnis der Wallonischen Region. Die Parlamente in Eupen und Namür mussten der Übertragung der Ausübung der Regionalzuständigkeit an die Deutschsprachi-

ge Gemeinschaft zustimmen. Erst danach kann die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre eigenen Entscheidungen treffen.

Das Dekret vom 23. Juni 2008 regelt die Rechte und Pflichten von Eigentümern von denkmalgeschützten Häusern. Deren Erhaltung trägt zur Sicherung des Kulturerbes unserer Region bei. Für Arbeiten an denkmalgeschützten Gebäuden kann die Deutschsprachige Gemeinschaft Zuschüsse vergeben.

Die Übertragung von Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft erfolgte bereits dreimal: 1996 Denkmal- und Landschaftsschutz, 2000 Beschäftigungspolitik und Ausgrabungen, 2004 Aufsicht und Finanzierung der Gemeinden. Auch in Zukunft möchte die Gemeinschaft weitere wallonische Zuständigkeiten übernehmen. Bereits im Jahr 2002 verabschiedete das Parlament mehrere Resolutionen, in denen der Ausbau der Autonomie gefordert wird. An die Regierung geht der Auftrag, weitere Verhandlungen mit der Wallonischen Region zu führen. Über die Raumordnung und den sozialen Wohnungsbau wollen die deutschsprachigen Belgier selbst entscheiden. Außerdem gibt es Forderungen an den Föderalstaat nach einer gesicherten Vertretung im föderalen Parlament und der Übernahme der Provinzbefugnisse und -finanzen.

Was ist eine Resolution?

Durch eine Resolution spiegelt das Parlament seine politische Meinung zu bestimmten Themen wieder. Eine Resolution ist an einen Adressaten gerichtet. In den meisten Fällen enthalten Resolutionen des DG-Parlaments Wünsche oder Forderungen an die Adresse der eigenen Regierung oder anderer Institutionen, zum Beispiel an die Föderal- oder Regionalregierung, an das Föderal- oder Regionalparlament, an ausländische Regierungen usw. Sie haben keinerlei rechtsverbindlichen Charakter.



21.00 Uhr

Die kleine Kim schläft und Jan reibt sich auch müde die Augen. Die Familie sitzt wieder beisammen. Zeit, den Tag Revue passieren zu lassen und neue Pläne zu schmieden. Morgen geht es weiter, mit der Schule, mit der Arbeit oder mit Projekten zu Hause.

Abends, wenn unsere Familie den Tag ausklingen lässt, werden im Parlament die Entscheidungen getroffen. Unter Leitung von Parlamentspräsident Ferdel Schröder (PFF) finden die Plenarsitzungen statt. Der Parlamentspräsident sorgt für den korrekten Ablauf der Sitzung, er erteilt das Wort und verkündet das Ergebnis der Abstimmungen. Die monatlichen Sitzungen sind öffentlich und be-

ginnen um 17 Uhr. Interessierte Bürger können ohne vorherige Anmeldung auf den Besucherrängen im Plenarsaal dabei sein, wenn debattiert und abgestimmt wird. Auf der Frequenz des Offenen Kanals werden die Sitzungen live im Kabelfernsehen übertragen. Einige Tage später sind die Aufzeichnungen der Sitzungen im Internet abrufbar.



Blick in den Plenarsaal. Hier finden die Plenarsitzungen unter Leitung des Parlamentspräsidenten Ferdel Schröder statt.

Neues Angebot für Schulen: Democracy

Democracy ist ein Rollenspiel, bei dem die Schülerinnen und Schüler lernen, gemeinsam demokratische Entscheidungen zu treffen. Zusammen bestimmen sie, wie eine Stadt aufgebaut wird und welche Strukturen wichtig sind. Jeder nimmt bei dem Spiel eine Rolle ein. Als Parteipräsident, Parteisprecher oder Architekt gestalten die Schülerinnen und Schüler ihr Umfeld. Entscheidungen werden gemeinsam getroffen.

Democracy wird im Plenarsaal des Parlaments gespielt. Die Schülerinnen und Schüler nehmen dabei die Plätze der Parlamentarier ein.

Das Spiel ist in Zusammenarbeit mit dem Portal Demokratie und der König-Baudouin-Stiftung konzipiert worden. Möchten Sie mit Ihrer Schulklasse democracy spielen? Sie sind herzlich willkommen. Nähere Informationen und Anmeldung unter www.dgparlament.be/democracy.



Neue Vertreter im Parlament

Mit Roger Huppermans (ECOLO) und Berni Schmitz (SP) begrüßen wir zwei neue Parlamentarier.

Roger Huppermans

ersetzt Marlene Bongartz-Kaut, die am 25. Januar 2012 als Mitglied des Provinzialrates zurückgetreten war. Huppermans ist somit automatisch ab dem 26. Januar 2012 beratendes Mitglied des Parlaments in Eupen.



Berni Schmitz

rückte für den am 16. März 2012 zurückgetretenen Jean-Luc Velz nach. Er leistete seinen Eid in der Plenarsitzung vom 19. März 2012 und nahm sogleich seinen Platz im Halbrund ein.



Impressum

Verantwortlicher Herausgeber: Stephan Thomas, Greffier
Redaktion und Grafik: Verwaltung des Parlaments
Redaktionsschluss: 15. Mai 2012
Fotografien: David Hagemann, Harald Lamberty
Illustration: Anette Müllender
Auflage: 37.000 Exemplare
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Kaperberg 8, B 4700 Eupen
Tel. 0032(0)87 590 720 - Fax. 0032(0)87 590 730
info@dgparlament.be - www.dgparlament.be

Kreuzworträtsel

Waagrecht

- 1 Abkürzung Deutschsprachige Gemeinschaft
- 2 Versammlung der Volksvertreter
- 3 Kulturzentrum im Süden der DG
- 4 parlamentarische Gruppe
- 5 Vorname des Parlamentspräsidenten
- 6 Sitz des Parlaments
- 7 parlamentarische Anfrage
- 8 Parlamentariergruppe, die nicht der Mehrheit angehört
- 9 Zuständigkeit im Kulturbereich

Senkrecht

- 1 Sport- und Freizeitzentrum
- 2 Nördlichste Gemeinde der DG
- 3 Arbeitsgruppe im Parlament
- 4 Gesetz in der DG
- 5 Vollversammlung des Parlaments
- 6 Mitglied eines Parlaments (m.)
- 7 Chef der Parlamentsverwaltung

LÖSUNGSWORT

Das Lösungswort aus zehn Buchstaben setzt sich zusammen aus den Buchstaben der blau gefärbten Kästchen.

Interesse an der Arbeit des Parlaments?

Kontaktieren Sie uns per E-Mail verwaltung@dgparlament.be oder telefonisch unter 087 59 07 20.

Informationen erhalten Sie auf unserer Website www.dgparlament.be. Wir senden Ihnen gerne allgemeine Broschüren über die Arbeit des Parlaments oder auch einzelne Parlamentsdokumente zu.

E-Mail-Neuigkeiten aus dem Parlament, unser Newsletter-Angebot, erhalten Sie über das Anmeldeformular auf unserer Website. Die elektronische Newsletter erscheint in regelmäßigen Abständen. Sie informiert über Arbeiten des Parlaments und der Ausschüsse, über Tagesordnungen und Aktivitäten im Parlament.

mbudsmann
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS

Probleme mit Verwaltungen der DG?
Auch Ihre Beschwerde wird ernst genommen!

Kontaktieren Sie den Ombudsmann unter der
GRATIS NUMMER
0800/98759
oder im Internet unter www.dg-ombudsmann.be

Das Lösungswort bitte auf eine Postkarte schreiben und bis zum 15. Juli 2012 einsenden an: Parlament der DG, Kaperberg 8, 4700 Eupen, oder per E-Mail an: info@dgparlament.be, Betreff „Kreuzworträtsel“. Bitte vergessen Sie nicht, Ihren Namen und Ihre Anschrift anzugeben. Den fünf Gewinnern winken Präsentkörbe mit Spezialitäten aus Ostbelgien.